

Mit Spanglish ins Weiße Haus

Wie Demokraten und Republikaner versuchen, die Latino-Wähler auf ihre Seite zu ziehen

Josef Braml | **Als mittlerweile größte Minderheit spielen die Latinos eine wichtige Rolle im US-Wahlkampf, in einigen wahlentscheidenden Bundesstaaten werden sie sogar ausschlaggebend sein. Bislang standen sie aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen den Demokraten näher, doch mithilfe religiöser Faktoren können die Republikaner künftig an Boden gewinnen.**

Die im Wahlkampf heiß diskutierte Frage, ob die Amerikaner im November mit Barack Obama den ersten schwarzen Präsidenten wählen – und welches politische Gewicht Afroamerikaner dafür einbringen werden – verdeckt eine entscheidende demografische Veränderung: Die „African Americans“ wurden von den „Hispanics“ bzw. „Latinos“ als größte ethnische Minderheit in den Vereinigten Staaten abgelöst.

Latinos sind die am schnellsten wachsende Minderheit in den USA; die 46 Millionen Menschen lateinamerikanischer Herkunft machen rund 15 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, Tendenz steigend. Viele von ihnen dürfen, u.a. aus Altersgründen, noch nicht wählen; laut Angaben der Behörde für Bevölkerungsstatistik vom September 2007 (Current Population Survey) sind nur etwa 18 Millionen Latinos wahlberechtigt. Aber

aufgrund ihrer zunehmenden Beteiligung am politischen Geschehen können sie auch heute schon beachtlichen politischen Einfluss ausüben.

Der Latino-Anteil an der aktiven Wählerschaft hat bei den zurückliegenden Wahlgängen merklich zugenommen. Waren bei den Wahlen 1992 (von 92 Millionen Wählern insgesamt) noch vier Prozent Latino-Wähler, ist ihr Anteil seitdem kontinuierlich gestiegen – 1996: fünf Prozent (von 95 Millionen), 2000: sechs Prozent (von 105 Millionen), 2004: 8,5 Prozent (von 122 Millionen).¹

Zwar ist ihr Anteil an der Gesamtwählerschaft verhältnismäßig klein, doch das US-Wahlsystem ermöglicht ihnen eine politische Hebelwirkung: In einigen hart umkämpften Bundesstaaten, die den Ausschlag für Sieg oder Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen geben können („battle-ground states“), ist der Anteil hispani-

¹ John Zogby: Political Polls: Why We Just Can't Live Without Them, *eJournal USA*, Vol. 12, Nr. 10, Oktober 2007, S. 29.

scher Wähler relativ groß. In vier der sechs „swing states“, die Präsident George W. Bush bei den Wahlen 2004 mit nur fünf oder weniger Prozentpunkten Vorsprung gewann, konzentriert sich die Wählerschaft der Latinos: in New Mexiko (mit einem Anteil von 37 Prozent der Wahlberechtigten), Florida (14 Prozent), Nevada (12 Prozent) und Colorado (12 Prozent).²

Die große Mehrheit der Latino-Wähler war lange Zeit den Demokraten zugeneigt, doch während der letzten Dekade hat sich die traditionelle Verbundenheit gelöst. 2000 gelang es dem Republikaner Bush, 35 Prozent der hispanischen Wähler zu gewinnen; bei seiner Wiederwahl 2004 konnte er den Anteil sogar auf die Rekordmarke von 40 Prozent steigern.³

Doch bereits bei den Zwischenwahlen (nur Kongresswahlen) 2006 verringerte sich das republikanische Ergebnis wieder auf 28 Prozent, weil die Republikaner einen Drahtseilakt zu meistern hatten.

Dilemma der Republikaner

Einerseits versuchten sie, hispanische Wähler mit liberaler Einwanderungspolitik einzubinden und Wirtschaftsliberalen entgegenzukommen, die an billigen Arbeitskräften (vor allem in der Gastronomie, Baubranche und Landwirtschaft) interessiert sind. Aber andererseits riskierten sie damit, sicherheitsorientierte und teilweise auch chauvinistische Elemente der konservativen Parteibasis zu verprellen.

Der von Bush mit Nachdruck unterstützte Reformvorschlag sah vor, zum einen die Grenzen besser zu sichern, zum anderen den Arbeitsmigranten ohne gültige Aufenthaltserlaubnis Legalisierungsoptionen anzubieten. Doch er scheiterte mit seiner parteiübergreifenden Initiative – nicht nur an gewerkschaftsnahen Kongressabgeordneten der Demokraten, sondern auch am harten konservativen Kern seiner eigenen Partei. Widerstand gegen die so genannte „Amnestie“ wurde nicht zuletzt von konservativen Graswurzelorganisationen mobilisiert.

Für den republikanischen Bewerber um Bushs Nachfolge wird es schwierig, das Vertrauen der Latino-Wähler zurückzugewinnen. Zwar hat sich John McCain – mit Blick auf das Wählerpotenzial der Latinos – in seiner Funktion als Senator für ein liberales Einwanderungsrecht stark gemacht. Doch nach heftigem Widerstand seiner Parteibasis versicherte McCain reumütig, dass er der Einwanderungsreform nur dann zustimmen werde, wenn die Grenzen gesichert seien.

Von dieser Situation profitiert offenbar sein demokratischer Konkurrent Barack Obama. Obwohl Latino-Wähler in den Vorwahlen der Demokraten noch fest an der Seite seiner Konkurrentin Hillary Clinton standen und zu befürchten war, dass sich die Hispanics aufgrund der sozioökonomischen Konkurrenz zu schwarzen Wählern eher John McCain zuwenden

² Weitere Staaten mit einem hohen Anteil hispanischer Wahlberechtigter sind Texas (25 Prozent), Kalifornien (23 Prozent), Arizona (17 Prozent) und New York (11 Prozent). Siehe Paul Taylor und Richard Fry: *Hispanics and the 2008 Election: A Swing Vote?*, Washington, D.C., Pew Hispanic Center, Dezember 2007, S. 18.

³ Gemäß der „exit polls“ in den Einzelstaaten am Wahltag. Nach dem landesweiten „exit poll“ des National Election Pool erzielte Bush bei den hispanischen Wählern gar 44 Prozent.

würden, scheinen sie sich im Hauptwahlkampf nunmehr mit dem Kandidaten der Demokraten zu arrangieren. 59 Prozent der registrierten hispanischen Wähler sprechen sich für Obama aus; nur 29 Prozent wollen im November für John McCain stimmen.⁴

Ob nicht auch in weniger gebildeten, einkommensschwachen Teilen der Latino-Wählerschaft versteckter Rassismus verbreitet ist, der sich aus Gründen „politischer Korrektheit“ nicht in Meinungsumfragen artikuliert, wird sich jedoch erst am Wahltag zeigen.

Für Barack Obama bleibt neben der Unterstützung schwarzer Wähler insbesondere die durch Latino-Wähler wichtig, weil John McCain bei den übrigen „non-Hispanic white voters“ deutlich mit 49 versus 41 Prozent die Nase vorn hat und von vielen Wählern unterstützt wird, denen Religion sehr wichtig ist.⁵

Berechtigte Hoffnungen

Langfristig machen sich die Wahlstrategen der Republikaner durchaus berechtigte Hoffnungen, mehr hispanische Wähler gewinnen zu können, zumal diese sehr religiös sind. Zwar haben bislang soziale und wirtschaftliche Gründe den Ausschlag für deren Hinwendung zu den Demokraten gegeben.⁶ Aber ein verbesserter sozioökonomischer Status könnte künftig die Grundlage dafür bilden,

dass hispanische Wähler – wie die meisten Amerikaner – ihre Wahlentscheidung aufgrund ihrer religiösen Einstellung treffen.

Ebenso wie George W. Bush gelingt es John McCain – insbesondere seit der Nominierung der evangelikalen Vizepräsidentenskandidatin Sarah Palin – konservative evangelikale und katholische Wähler anzusprechen. Mittlerweile gilt die Faustregel: Je häufiger Amerikaner den Gottesdienst besuchen, desto eher wählen sie einen Kandidaten der Republikaner.⁷

Evangelikale Latinos sind dafür aufgeschlossener als katholische.⁸ Während erstere es als gottgegeben hinnehmen, dass jeder selbst „schuld“ an seiner Armut ist, halten es die zweiten eher mit der katholischen Soziallehre, wonach mit sozialer Hilfestellung die Menschen zum Besseren bekehrt werden sollen. Während sich in der politischen Debatte katholische Bischöfe schon seit längerem für die Einwanderer aus Lateinamerika stark gemacht haben, werden die sozialen Belange von Einwanderungsfamilien nunmehr auch von evangelikaler Seite professionell vertreten, etwa durch die National Hispanic Leadership Conference, einem organisatorischen Ableger der einflussreichen National Association of Evangelicals. Der Einfluss Evangelikaler nimmt zu, weil auch immer mehr

⁴ Jeffrey M. Jones: *Hispanic Voters Solidly Behind Obama*, Gallup-Analyse, 2.7.2008.

⁵ Frank Newport: *Religion Remains Major Dividing Factor Among White Voters*, Gallup-Analyse, 5.9.2008.

⁶ So wurde während der Amtszeit des demokratischen Präsidenten Bill Clinton die Armut nicht nur der schwarzen, sondern auch der hispanischen Bevölkerung merklich reduziert.

⁷ Unter den wöchentlichen Kirchgängern stimmen 53 Prozent für McCain und nur 37 Prozent für Obama. Amerikaner, die selten oder nie in die Kirche gehen, sprechen sich mit 54 Prozent für Obama und mit 34 Prozent für McCain aus. Vgl. Frank Newport: *McCain Still Dominant Among the Highly Religious*, Gallup-Analyse, 20.8.2008.

⁸ Von den Latino-Christen bezeichnen sich 39 Prozent als „wiedergeboren“ oder „evangelikal“. Siehe Pew Forum on Religion & Public Life/Pew Hispanic Center: *Changing Faiths. Latinos and the Transformation of American Religion*, Washington, D.C., Mai 2007, S. 8.

katholische Latinos so genannte „Erweckungserlebnisse“ haben und ins Lager der „wiedergeborenen“ Glaubensgemeinde konvertieren.

Die Demokraten haben ihr strukturelles Defizit bei der religiösen Wählerschaft erkannt und versuchen ihrerseits, „moralische Werte“ im Wahlkampf stärker zur Geltung zu bringen, indem sie, über sexualmoralische Themen hinausgehend, „moral values“ breiter interpretieren und neben Umweltschutz auch Armutsbekämpfung als moralisches Thema deuten. So wollen sie in der Umweltpolitik „Gottes Schöpfung bewahren“, und der ehemalige „Sozialhelfer“ (community organizer) Barack Obama befürwortet die von Bush initiierte „faith based initiative“, in deren Rahmen Kirchen mit staatlichen Mitteln soziale Dienstleistungen erbringen.

Auswirkungen auf die Außenpolitik?

Innen- und machtpolitisch ist demnach höchst relevant, wer letztendlich die Deutungshoheit über „moralische Werte“ gewinnt. Doch spielen diese Werte und das Gewicht der Latino-Wählerschaft auch außenpolitisch eine Rolle?

Bis auf Weiteres wird das politische Gewicht der hispanischen Wähler zumindest nicht jene Außenpolitik beeinflussen, die Deutschland und Europa betrifft. Gleichwohl wird es Änderungen einer Reihe so genannter „intermestic issues“ (Wortkombination von „international“ und „dome-

stic“) geben, bei Themen also, die innen- und außenpolitisch relevant sind für die Beziehungen der USA mit Lateinamerika. Dass die für die Vereinigten Staaten insbesondere aus handels- und energiepolitischen Gründen wichtigen Beziehungen mit der so genannten

Westlichen Hemisphäre auf den Prüfstand gestellt werden müssen, verdeutlichte eine hochrangige Expertengruppe des Council on Foreign Relations: Während sich die USA infolge ihrer Fixierung auf den Nahen und Mittleren Osten von ihren lateinamerikanischen Nachbarländern entfremdeten, hätten diese ihre Beziehungen mit US-amerikanischen Konkurrenten, etwa mit China, gefestigt.⁹

Die hierzulande häufig geäußerte Befürchtung, die Vereinigten Staaten würden sich aufgrund der zunehmenden Zahl nichteuropäischer Einwanderer vom alten Kontinent abwenden, ist unbegründet. Dass sich die USA außenpolitisch weniger an Europa orientieren, hat andere, gewichtigere Gründe.



Dr. JOSEF BRAML ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter der Redaktion des „Jahrbuch Internationale Politik“ der DGAP.

⁹ Council on Foreign Relations: *U.S.-Latin America Relations. A New Direction for a New Reality*, Independent Task Force Nr. 60, New York 2008.